



WIEDERAUFBAUPLAN FÜR SYRIEN – WELCHE ROLLE FÜR EUROPA?

WOLFGANG PETRITSCH

Abstract

Der von den USA und den betroffenen Staaten 1947 gemeinsam entwickelte Marshallplan ist ein gelungenes Beispiel eines umfassenden Wiederaufbaus der vom Krieg zerstörten Staaten Westeuropas. Im vorliegenden Papier soll es um Überlegungen gehen, welche Rolle die Europäische Union angesichts fundamental veränderter geopolitischer Bedingungen beim Wiederaufbau Syriens spielen könnte. Neben einer politischen Lösung des Konfliktes, die Europa kaum beeinflussen wird können, braucht es auch einen detaillierten Plan für den Wiederaufbau des zerstörten Landes. Europa sollte die Führungsposition im Bereich der humanitären Soforthilfe und der Hilfe zur wirtschaftlichen Selbsthilfe einnehmen. Um Syrien zu stabilisieren gilt es sich den humanitären Folgen des Krieges anzunehmen, das Gesundheits- und Bildungssystem wiederaufzubauen, die zerstörte Infrastruktur zu reparieren oder neu zu errichten, die Landwirtschaft, Industrie, und den Handel wiederzubeleben und Good Governance zu priorisieren. Um den Wiederaufbau in Syrien und die Rückkehr von Flüchtlingen zu beschleunigen wäre darüber hinaus anzudenken, den schon jetzt in Europa lebenden Syrern eine Ausbildung in relevanten Sektoren wie der Bauwirtschaft zu ermöglichen. Europa sollte sich als Akteur positionieren, dem es in erster Linie an einer nachhaltigen Friedensordnung und Menschenrechten gelegen ist.

„We must help the refugees; they are fleeing for their lives. But, yes, we must also step up efforts to end the Syrian war, and thereby enable the refugees to return to their homeland once the fires are put out“

—Jeffrey Sachs

WARUM JETZT UND ÜBERHAUPT?

Es ist nie zu früh. Laut IOM sind im ersten Halbjahr 2017 mehr als 600.000 SyrerInnen, freilich zumeist intern Vertriebene, aber auch eine beträchtliche Anzahl aus den Lagern im Libanon, Jordanien und der Türkei, in ihre Dörfer zurückgekehrt. Ein Schimmer der Hoffnung und ein Zeichen, dass die Menschen in ihre Heimat zurückkehren wollen. Hier gilt es planend anzusetzen, obwohl sich noch immer kein formelles Ende des Krieges abzeichnet.

Warum also jetzt und gleich?

Dafür gibt es ein historisches Beispiel.

Die amerikanische Administration hat bereits 1943 mit der Nachkriegsplanung für Europa begonnen. Daraus ist 1947- also vor exakt siebzig Jahren – der Marshallplan entstanden, jenes gelungene Beispiel eines umfassenden Wiederaufbaus des vom Krieg zerstörten Staaten Westeuropas. Der von den USA und den betroffenen Staaten gemeinsam entwickelte Plan – das war entscheidend – hatte ein mehrfaches Ziel, das sich unter die Begriffe politisch-ökonomisch-



gesellschaftlich-kulturell subsummieren lässt. Er hat nichts weniger als die Befriedung eines (halben) Kontinentes erreicht.

Europa wäre ohne Marshallplan nicht da wo es heute ist. Aber auch Washington hat damit die Grundlagen für seine globale Hegemonie gelegt, die womöglich erst heute in Frage gestellt wird; und zwar vom eigenen Präsidenten.

Vorbild für Europa? Wohl nicht. Denn im 21. Jahrhundert muss es aus europäischem Selbstverständnis um eine auf globaler Partnerschaft und Solidarität basierenden neuen Weltordnung gehen.

Das aber ist eine andere Frage.

Hier soll es um Überlegungen gehen, welche Rolle die Europäische Union angesichts fundamental veränderter geopolitischer Bedingungen beim Wiederaufbau Syriens spielen könnte.

Der vorgeschlagene Ansatz folgt dem Einleitungszitat von Jeffrey Sachs und lautet in etwa folgendermaßen:

Europa ist als Nachbarregion des Nahen Ostens unmittelbar vom Syrien-Konflikt betroffen und hat daher ein vitales Interesse an der Beendigung des Konfliktes und einem raschen Wiederaufbau samt positiven Auswirkungen auf die gesamte Region des Nahen und Mittleren Ostens. Die massiven Flüchtlingsbewegungen 2015 sollten uns Warnung genug sein, über den eigenen nationalen Tellerrand hinaus zu blicken – strategisch zu denken – und eine europäische Initiative für Syrien zu entwickeln, wie - nach dem Abschluss eines Friedensvertrages - das Nachkriegs-Syrien wiederaufgebaut werden könnte. Die EU war seit Beginn der Syrien-Diplomatie kein Akteur, geschweige denn Machtfaktor im nahöstlichen Machtgefüge. Die EU-Außenbeauftragte hat stets nur am Katzentisch Platz gefunden. Die politische Zukunft des Landes wird letztlich von anderen Mächten – Russland, USA, Iran, Türkei, Saudi Arabien – entschieden werden. Es ist daher höchste Zeit, dass sich die EU als Stabilitätsfaktor in der nahöstlichen Nachbarschaft profiliert – der Wiederaufbauplan bietet dazu Gelegenheit.

Diese Initiative könnte ein Mehrfaches bewirken:

1. Durch einen professionell geplanten Wiederaufbau würde den Millionen Flüchtlingen die Perspektive rascher Rückkehr – und Mitarbeit am Wiederaufbau – geboten werden.
2. Umfragen unter syrischen Asylanten in Österreich (2016) weisen nach, dass mehr als 70 Prozent der Betroffenen heimkehren wollen. Ähnliches gilt für die übrigen europäischen Aufnahmeländer. Die Zeit jedoch läuft - geben wir den Rückkehrwilligen eine Chance.
3. Mit einem von der EU initiierten Syrien-Wiederaufbauplan gäbe es auch eine positive Perspektive für die verunsicherten europäischen Bürger. Dem grassierenden Populismus könnte ein reales Projekt entgegengesetzt werden, das allen Betroffenen nützt.
4. Die EU könnte mit einer solchen Initiative einen Teil ihrer verloren gegangenen Handlungsfähigkeit zurückgewinnen und jenen Mitgliedsstaaten, die eine faire Verteilung der Schutzsuchenden ablehnen, zeitlich limitierte Alternativen anbieten.
5. Die EU könnte als *Anstoßfinanzier* fungieren und die traditionellen Partner (WB, IMF, EBRD, regionale – arabische, islamische Finanzinstitutionen; OPEC Fund; Staatsfonds) einladen.
6. Überdies: die rohstoffreiche Region des Nahen und Mittleren Ostens ist gefordert, an der Planung und Finanzierung mitzuwirken.
7. Geld allein wird den Erfolg nicht garantieren; was zählt ist die aktive Einbeziehung der Betroffenen.



8. Daher sollte in die Planung von Anfang an ein umfassendes Ausbildungsprogramm für die Heimkehrwilligen einbezogen werden.
9. Öffentliche und private Unternehmen könnten – europaweit – den vorwiegend jugendlichen Asylanten entsprechende Ausbildungsplätze anbieten.
10. Österreich könnte – basierend auf bereits laufenden Lehrlings- und universitären Ausbildungsprogrammen – umgehend ein Pilotprojekt auf die Beine stellen.
11. Im Unterschied zum Marshallplan kann es nicht allein die Aufgabe eines Staates bzw. der EU sein, die Finanzierung des kriegszerstörten Landes zu übernehmen. Worum es geht ist einen europapolitischen Anstoß zu geben für ein umfassendes Wiederaufbauprogramm samt integriertem Finanzierungsplan.

Neben den oben genannten globalen Finanzinstitutionen, jenen der EU und der regionalen arabischen und islamischen Institutionen vor Ort, wird es darum gehen, einen allseits akzeptierten *Lead-Partner* zu finden, der diese gewaltige Aufgabe koordiniert. Ähnlich wie im Atomdeal mit dem Iran könnte sich die EU als solcher zwischen den konkurrierenden Interessen positionieren.

WIEDERAUFBAUPLÄNE – EIN ÜBERBLICK

Die ersten Überlegungen für den Wiederaufbau Syriens datieren beinahe bis zum Ausbruch des Konfliktes zurück; sie waren von einem raschen Ende des Konfliktes mit einem Ergebnis so ganz nach westlichen Vorstellungen ausgegangen. Die anfängliche Hoffnung, dass der Bürgerkrieg samt Regimewechsel bald vorbei sein werde, hat sich auf dramatische Weise nicht erfüllt; dennoch wurde gemäß dem *Prinzip Hoffnung* weitergeplant – und das ist auch gut so.

Nachstehend ein – unvollständiger - Überblick, welche Pläne und Überlegungen es bereits gibt. So manches relevante Detail ist von den politischen und militärischen Entwicklungen überholt – etwa jene, die den Abtritt Assads eingeplant hatten - dennoch sollten diese Überlegungen in die Planung auf ihre Relevanz untersucht werden.

Überlegungen und Initiativen von IFIs, EU, Think Tanks

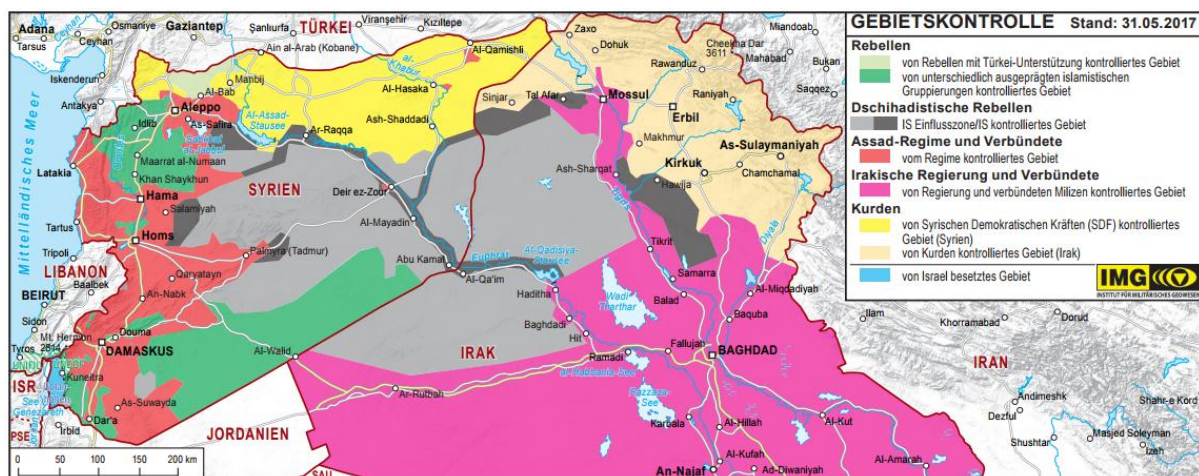
- RAND Corporation (2015): A Peace Plan for Syria
- RAND Corporation (2016): A Peace Plan for Syria II – Options for Future Governance
- RAND Corporation (2017): A Peace Plan for Syria III – Agreed Zones of Control, Decentralization, and International Administration
- Brookings Institution (2017): Rebuilding or redefining Syria?
- European Institute of the Mediterranean (2016): How to rebuild Syria, Iraq and Libya?
- Carnegie Endowment (2016): The Staggering Price of Syria's Reconstruction
- Syria Recovery Trust Fund (2014)
- United Nations Economic and Social Commission for Western Asia (2014): Conflict in the Syrian Arab Republic – Macroeconomic Implications and Obstacles to Achieving the Millennium Development Goals.
- United Nations Economic and Social Commission for Western Asia (2016): Syria at War - Five years on.
- International Monetary Fund (2016): Syria's Conflict Economy
- The World Bank (2016): The Importance of Planning Syria's Eventual Reconstruction.



- The World Bank (2017): The Toll of War: The Economic and Social Consequences of the Conflict in Syria.
- American Security Project (2016): Syrian Stabilization and Reconstruction. Lessons Learned for a Post-Conflict Syria
- Initiativen der Europäischen Union
 - European Union (2017): EU Regional Trust Fund in Response to the Syrian Crisis
 - European Union External Action (2017): The EU and the crisis in Syria

DIE GEOGRAFIE DES KONFLIKTES

Abbildung 1: Gebietskontrolle, 31.05.2017



VORAUSSETZUNG - POLITISCHE LÖSUNG

Die Kämpfe in Syrien werden früher oder später zu einem Ende kommen. Auch wenn es auf den ersten Blick aufgrund der vielschichtigen Gemengelage an rivalisierenden Gruppen und widersprüchlichen Interessen regionaler und lokaler externer Akteure in diesem Bürgerkrieg schwer vorstellbar ist, so könnten die Chancen auf einen stabilen Waffenstillstand – als Voraussetzung für einen international anerkannten Friedensvertrag – heute besser stehen als seit Jahren.

Darüber hinaus lehrt uns die Geschichte, dass jeder noch so komplexe Krieg früher oder später ausgebrannt ist – spätestens wenn die Kosten einer Fortführung eines Konfliktes die zu erwartenden Vorteile für alle Beteiligten übersteigen, ist mit einer Lösung zu rechnen.

Dieser Punkt könnte bald erreicht sein, möglicherweise ist er schon gekommen – die Hintergründe dazu bilden den ersten Teil dieser Betrachtung.

Eines zeichnet sich allerdings schon jetzt ab: Die Europäische Union, welche seit Beginn des Syrienkrieges eine marginale politische Rolle spielt, wird bei Verhandlungen zu den Modalitäten einer kommenden Nachkriegsordnung vermutlich weiterhin außen vor bleiben.

Das ist in zweierlei Hinsicht problematisch für Europa:

Erstens weil Europa, nach den Nachbarstaaten in der Region, am stärksten mit den Konsequenzen dieses grausamen Konfliktes konfrontiert ist.



Während in Syrien Russland, der Iran, Saudi Arabien, oder - in geringerem Maße - die USA den Ton angeben, sind es die Staaten der EU, welche in erster Linie der Flüchtlingskrise und dem jihadistischen Terror ausgesetzt sind.

Zweitens, weil Europa die Glaubwürdigkeit und Erfahrung besitzt, um eine zentrale Rolle in der besonders heiklen Phase der Stabilisierung und des Wiederaufbaus nach einem Ende der Kämpfe einzunehmen.

Beide Punkte sind zentral für die Überwindung von „Europe’s Furies“, wie die renommierte amerikanische Zeitschrift „Foreign Affairs“ ihre jüngst veröffentlichte Sondernummer übertitelt.

Warum jedoch eine friedenspolitische Rolle der EU nicht von selbst entstehen kann, und wie eine politische Lösung des Konflikts – als Voraussetzung einer solchen europäischen Wiederaufbauinitiative für Syrien - möglicherweise aussehen könnte, wird im zweiten Teil dieses Entwurfs beleuchtet.

Ein solider Plan für Stabilisierung und Wiederaufbau in der Nachkriegszeit – auch das lehrt uns die Geschichte – ist freilich Voraussetzung für einen nachhaltigen Frieden in Nahost.

Ohne einen solchen Plan riskiert man fortgesetzte Instabilität oder gar einen *failed state* – etwas, dass sich gerade Europa vor seiner Haustüre nicht leisten kann.

Im Angesicht der Tatsache, dass Europa eine politische Lösung des Konfliktes kaum beeinflussen wird können, setzt sich der **dritte** und letzte Teil dieses Aufsatzes mit der Frage auseinander welchen Beitrag die EU zu einem sicheren, stabilen, und friedlichen Syrien leisten kann.

DER MARSHALLPLAN ALS INSPIRATION

Wie kein anderes politisches Gebilde steht die Europäische Union für die Überwindung von geopolitischen Interessen und ethno-religiösen Animositäten, für eine Politik der Menschenrechte, der Chancengleichheit, und des dauerhaften Friedens durch wirtschaftliche Beziehungen – eine Perspektive, die wohl auch für vom Kriegen und Konflikten Betroffene attraktiv ist und solcherart ernsthafte Anstrengungen seitens der EU eine Chance auf Befriedung der gesamten Region eröffnen könnte.

Es spricht viel dafür, diese Chance jetzt wahrzunehmen.

Nicht zuletzt soll an dieser Stelle daran erinnert werden, dass Europa die Möglichkeit, ebendiese Werte heute zu verkörpern, einem gewaltigen und davor noch nie dagewesenen Wiederaufbauprogramm zu verdanken hat.

Der Marshall Plan, der vor genau 70 Jahren von der US-Administration ins Leben gerufen wurde, hat es einem (selbst-)zerstörten Kontinent ermöglicht, einen wirtschaftlichen und –wichtiger noch – demokratiepolitischen Paradigmenwechsel vorzunehmen. Die Vereinigten Staaten haben mit dieser beeindruckenden Initiative die längste Friedens- und Wohlstandsperiode der europäischen Geschichte erst möglich gemacht.

ZUR AKTUELLEN LAGE

Bevor wir einen Blick auf mögliche politische Lösungen des Konfliktes werfen oder einen Plan für Friedenssicherung, *post-conflict reconstruction*, oder *transitional justice* skizzieren, ist es angebracht, den aktuellen – freilich stets changierenden - Stand des ungemein komplexen Syrienkonfliktes kurz zu analysieren.

Wo stehen wir jetzt, welche Akteure und Interessen dominieren den Konflikt aktuell und wie stehen die Chancen auf ein baldiges Ende der Kampfhandlungen?



Eine der Merkwürdigkeiten in diesem Konflikt ist die Diskrepanz zwischen der fortdauernden globalen militärischen und ökonomischen Dominanz westlicher Staaten und ihrer offenkundigen Unfähigkeit, die Entwicklungen in Syrien nachhaltig mitzubestimmen.

Wenden wir uns daher zuerst den Hintergründen dieser überraschenden Tatsache zu.

Der Westen hat, das muss nüchtern festgestellt werden, seinen Einfluss auf die Entwicklung dieses Krieges – ist es ein Bürgerkrieg, ein Stellvertreterkrieg, ein internationaler Konflikt? – weitgehend verloren.

Das wurde nicht zuletzt bei der diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz bestätigt, wo der Sondergesandte des US-Präsidenten für die Anti-IS Koalition, Brett McGurk, eingestand, dass die Vereinigten Staaten wenig Kontrolle über die Situation haben. Die Gründe dafür sind vielfältig und reichen in die jüngere Geschichte zurück.

Erstens hat die Politik des *humanitären Interventionismus* im Westen den Großteil ihrer Legitimität verloren. Nach den jugoslawischen Zerfallskriegen der 1990er noch mit der Doktrin einer *Responsibility to Protect* (kurz R2P) von der Staatengemeinschaft ins Völkerrecht aufgenommen, wurde die militärische Interventionspolitik des Westens durch die Kriege im Irak und in Afghanistan entscheidend de-legitimiert. Diese Kriege waren nicht nur in der Rückschau moralisch nicht zu rechtfertigen, sie hatten auch einen entscheidenden Anteil an der Entstehung jener Terrorgruppen, welche heute in Syrien ihr Unwesen treiben.

Vor diesem Hintergrund ist Präsident Obama 2008 explizit mit dem Versprechen angetreten, die USA künftig aus den Konflikten des Nahen Ostens und Nordafrikas weitestgehend herauszuhalten. *Leading from Behind* war dann die US-Formel bei der von Frankreich und Großbritannien betriebenen NATO-Intervention gegen Gaddafis Libyen; eine gewisse Abkehr von der Obama-Doktrin. Ein schwerer Fehler wie wir heute angesichts der Migrationsroute über das Mittelmeer wissen. Dieser erste explizit unter dem Banner der R2P gerechtfertigte Militäreinsatz entwickelte sich bekanntlich weit über einen humanitären Schutzeinsatz hinaus und führte zu einem *regime change*, allerdings ohne in irgendeiner Weise die Stabilisierung und den Wiederaufbau des Landes nach dem Sturz der Regimes zu gewährleisten. Das Resultat ist ein *failed state* und eine andauernde humanitäre Katastrophe.

Vor diesem historischen Hintergrund ist die Zurückhaltung des Westens angesichts der brutalen Gewalt des Assad-Regimes gegen die eigene Bevölkerung zu sehen. Militärische Interventionen werden von sehr vielen BürgerInnen als kontraproduktiv, moralisch zweifelhaft, teuer und gefährlich angesehen. Rasch hatte sich der ursprüngliche Aufstand der sozial Unzufriedenen in Syrien zu einem blutigen Krieg Assads gegen seine Bevölkerung entwickelt. Seit 2011- und 600.000 Opfern und Millionen Flüchtlingen später – ist Syrien zur Arena machtpolitischer Konfrontationen lokaler, regionaler und geopolitischer Interessen geworden.

Solcherart hat die Obamas unentschlossene Politik und die chronische Passivität der EU verschiedenen anderen Staaten Raum gegeben, ihre je eigenen Ziele zu verfolgen: Die Türkei und die Golfmonarchien, seit langem Gegner Assads, wurden zu den wichtigsten Verbündeten der Regimegegner, unter ihnen zunehmend radikal-islamistische Gruppen. Insbesondere die Türkei spielte in den Anfangsjahren des Syrienkrieges durch ihre laschen Grenzkontrollen auch eine entscheidende Rolle beim rasanten Aufstieg des sogenannten *Islamischen Staates* in Syrien und im Irak.

Hingegen sahen Russland und der Iran durch die anfänglichen Erfolge der Rebellion ihre traditionsreichen Allianzen mit dem baathistischen Assad-Regime bedroht; während Russlands einziger Militärhafen im Mittelmeer und mit Assad ein verlässlicher Abnehmer von Rüstungsgütern in Gefahr war, stand für den Iran ein zentraler Verbündeter im Ringen um die regionale Hegemonie mit Saudi Arabien auf dem Spiel.



Durch diese komplexe Interessenlage verwandelte sich der Bürgerkrieg sukzessive zu einem Ringen zwischen zunehmend marginalisierten, vom Westen finanzierten „moderaten“ Rebellen, von den Golfstaaten unterstützten radikalen Assad-Gegnern und der Türkei, die überdies nicht bloß das Regime sondern auch kurdische Rebellen und den IS bekämpft, während das Assad von Russland und dem Iran direkt wie auch durch iranische *proxies* wie der Hisbollah gestützt wird.

In den vergangenen Monaten hat die Unterstützung Russlands und des Iran das Kriegsgeschehen massiv zugunsten des Regimes gewendet. Die Rückeroberung Aleppos durch die Syrische Armee mithilfe Russischer Luftunterstützung war ein wichtiger militärisch-strategischer und psychologischer Wendepunkt im sechsten Jahr des Krieges; ein militärischer Sieg der Rebellen über das Regime scheint nun so gut wie ausgeschlossen.

Eine völlige militärische Rückeroberung Syriens durch das Regime ist allerdings ebenso unwahrscheinlich; insbesondere in den autonomen kurdischen Enklaven hat Assad keinen Rückhalt in der Bevölkerung; deren Führung strebt einen eigenen Staat an. Assads überforderte Armee wird diese Gebiete ohne externe Hilfe nicht unter Kontrolle bringen können. Ein Hinweis darauf ist unter anderem die Tatsache, dass Assad seine Truppen aus dem erst kurz davor zurückeroberten Palmyra abziehen musste um überhaupt seine Großoffensive gegen Aleppo durchführen zu können.

PATT ALS LÖSUNG

Es hat sich also eine relative Pattsituation eingestellt, die eine Verhandlungslösung nicht gänzlich unwahrscheinlich erscheinen lässt. Eine Friedensordnung die den Namen auch verdient wird Syrien auch nur auf dem politischen Weg – unter Berücksichtigung aller Interessen - finden können; das Regime ist zu geschwächt und seine militärische Strategie zu antagonistisch, um dauerhaft Kontrolle über das gesamte Land zurückzugewinnen. Sollte keine umfassende politische Lösung gefunden werden, ist ein Libanon-Szenario nicht auszuschließen, das heißt, ein fortgesetzter und regional unterschiedlich ausgeprägter *low level*-Konflikt mit wechselnden Koalitionen diverser Kriegerunternehmer. Dies zeichnet sich bereits ab, wenn man die rasche

Dies scheinen auch Assads Verbündete erkannt zu haben: So gibt es unter anderem einige Hinweise darauf, dass Russland nicht bereit ist Assad bei der völligen Unterwerfung aller Rebellengebiete zu unterstützen; die strategischen und geopolitischen Ziele Russlands scheinen erreicht: In den am Mittelmeer gelegenen Landstrichen, welche Russlands Marinebasis und Militäranstalten beherbergen hat Assad seine Kontrolle hinreichend konsolidiert um jede Gefahr abzuwenden. Darüber hinaus konnte Putin Russlands Großmachtstellung demonstrieren und gewährleisten, dass es keine Lösung des Konfliktes ohne seine zentrale Mitwirkung geben wird. Dass das syrische Regime seit kurzem erstmals mit Vertretern der Rebellengruppen direkt verhandelt dürfte russischem Druck zu verdanken sein.

Wie lange der Iran Assad noch bei seiner Strategie der vollständigen Rückeroberung Syriens unterstützen wird ist schwieriger abzuschätzen; der Iran hat ein größeres Interesse als Russland, auch die IS-Gebiete im Osten wieder unter Kontrolle des Regimes zu bringen. So geht es für den Iran unter anderem auch darum, eine Landbrücke in den Libanon und zur Hisbollah aufzubauen sowie den sunnitischen Extremismus zurückzudrängen. Sollten sich Russland und die neue Administration der USA unter Trump jedoch in der Syrienfrage koordinieren können, wird der Iran wenig Spielraum haben seine Linie weiterzuverfolgen.

Aber auch die Gegner Assads sind von der absoluten Forderung nach seinem Rücktritt abgekommen. Die Prioritäten der Türkei etwa haben sich verschoben zur Bekämpfung des IS und der Schwächung der syrisch-kurdischen Autonomie an der türkischen Südgrenze. Nicht ohne Grund unterstellt die Türkei den kurdischen YPG-Brigaden eine Nähe zur kurdischen Autonomiebewegung PKK.



Saudi Arabien ist unterdessen immer stärker im Krieg im Jemen verwickelt und hat seine Unterstützung für radikale syrische Rebellengruppen zurückgefahren. Ein weiterer Grund für diese Entwicklung dürfte darin liegen, dass diese Gruppen vom saudischen Königshaus zunehmend als Bedrohung für die eigene Herrschaft angesehen werden. In den vergangenen Jahren hat sich eine wachsende Zahl saudischer Staatsbürger deren radikaler Ideologie angeschlossen.

Mit Donald Trump ist zudem ein Präsident ins Weiße Haus gewählt worden, der scheinbar keinerlei Probleme mit Autokraten hat. Seine Fixierung auf die Vernichtung islamistischer Terroristen – ein Begriff, den Assad für alle Gegner seines Regimes benutzt – scheint die Beiden zu natürlichen Verbündeten zu machen.

Es scheint sich insgesamt also die Situation eines *mutually hurting stalemate* – einer für alle Seiten unvorteilhaften Pattsituation – eingestellt zu haben, die gute Voraussetzungen für einen stabilen Waffenstillstand und in weiterer Folge eine politische Lösung des Konfliktes birgt. Der Europäischen Union wird eine tragende Rolle im politischen Lösungsprozess allerdings verwehrt bleiben. Zu früh hat sie sich öffentlich auf die Seite der Assad-Gegner gestellt, ohne dies je mit mehr als schönen Worten zu begleiten. Zu unkoordiniert war darüber hinaus die Politik der EU in jeder Hinsicht, und der Mangel an Koordination ist nicht verwunderlich. Er liegt vielmehr in der Art begründet wie die Lissabon-Verträge in institutionelle Arrangements umgesetzt sind: Es fehlt an einer effektiven Verbindung zwischen Kommission und EU-Außenpolitik, die Staaten haben keine effektiven Mechanismen entwickelt um gemeinsame außenpolitische Positionen zu formulieren und durchzusetzen. Dazu kommen die internen Krisen welche die EU seit Jahren beschäftigen.

EINE POLITISCHE LÖSUNG UND DARÜBER HINAUS – WAS KOMMEN KÖNNTE

Die Ausgangslage für eine mögliche politische Lösung ist im vorangegangenen Teil kurz skizziert worden; wie kann eine solche jedoch konkret aussehen, welche Akteure werden eine zentrale Rolle in ihr einnehmen, und wie kann eine solche abgesichert und zum Funktionieren gebracht werden? Es bietet sich zu Beantwortung dieser Fragen an, zuallererst die historische Erfahrung mit derartigen Konflikten und möglichen Lösungsansätzen zu betrachten.

Eine politische Lösung muss auf jeden Fall alle involvierten Akteure einbeziehen (mit Ausnahme derer die prinzipiell und fundamental dem Frieden abgeneigt sind – also etwa den IS). Europa kann daher schon von Grund auf allerhöchstens auf eine Vermittlerrolle hoffen – einen Akteur im Konflikt stellt es aktuell nicht dar.

Zwar entspricht es der international anerkannten *best practice*, eine Waffenruhe in Konflikten nur in Verbindung mit einem Plan für eine politische Lösung auszuhandeln. Im Falle Syriens jedoch ist es unwahrscheinlich das eine umfassende politische Lösung in naher Zukunft zu finden sein wird. Vielmehr wird es vermutlich zuallererst eine (halbwegs) stabile Waffenruhe geben, von der aus sich die Parteien langsam und schrittweise zu einer endgültigen politischen Lösung vortasten. Einige Punkte sind dabei von besonderer Wichtigkeit und sollten von Anfang an beachtet werden. Historische Analogien können dabei helfen, Fehler zu vermeiden.

Der Minderheitenschutz und die Rechte verschiedener ethnischer und religiöser Gruppen werden bei einer syrischen Nachkriegsordnung von großer Bedeutung sein; sie waren auch in den Friedensverhandlungen am Ende des Bosnienkonfliktes, die in die Dayton-Verfassung mündeten, ein zentrales Problem. Allerdings ist die dort gefundene Lösung nicht unbedingt ein Vorbild für eine langfristige Entspannung interethnischer und interreligiöser Konflikte. Die verfassungsmäßig festgeschriebene Repräsentation aller Volksgruppen auf allen Ebenen der Verwaltung hatte in Bosnien zur Folge, dass die alten Konfliktlinien sich perpetuierten und eine ethnisch basierte Klientelpolitik tiefe Wurzeln schlagen konnte. Natürlich ist die Ausgangslage in Syrien eine Andere,



dennoch kann das Beispiel Dayton helfen, ähnliche, ethnisch basierte *governance* Strukturen zu umschiffen.

Auch der Irak darf hier als mahnendes Beispiel gelten, wie eine Nachkriegslösung interkonfessionelle Spannungen schüren kann: Die von den USA nach der Invasion entworfene Verfassung hat erstmals in der Geschichte des Landes konfessionelle Kriterien in die Verfassungsordnung aufgenommen; die Gewalt unter welcher das Land seitdem zu leiden hat sind zumindest teilweise auf die dadurch hervorgerufene interkonfessionelle Konkurrenz zurückzuführen, wie eine Studie der renommierten LSE zeigt.

Noch eine weitere Lehre für Syrien lässt sich aus der katastrophalen Invasion des Irak ziehen: Auch wenn die bürokratischen und Sicherheitsstrukturen in Syrien eng verflochten sind mit der stammesbasierten Herrschaft der alawitischen Minderheit wäre es ein Fehler, diese gänzlich zu beseitigen. Diese Erfahrung mussten die USA im Irak machen, wo es nach dem Umsturz zu einem *purge* des gesamten Verwaltungsapparats von Mitgliedern der baathistischen Partei Saddam Husseins kam. Das Ergebnis dieser Säuberung bis hin zu den niedersten Staatsdienern und einfachen Armeeangehörigen war ein ohnmächtiges Staatswesen ohne Verwaltung, Bildungs-, Gesundheits-, oder Sicherheitsapparat und eine Masse an unzufriedenen Arbeitslosen. Im Gegensatz dazu hat man zum Beispiel im Gefolge des Zweiten Weltkrieges zwar die Anführer und Befehlshaber des Naziregimes verurteilt, die Masse der einfachen Parteimitglieder in der Verwaltung jedoch in die neu errichteten Strukturen übernommen.

Fraglos müssen die Kriegsverbrecher und Folterknechte des Regimes zur Verantwortung gezogen werden, und auch die Verbrechen der zersplitterten Rebellengruppen dürfen nicht ungesühnt bleiben; in der gegenwärtigen Lage haben allerdings eine Befriedung des Landes und rasche Verbesserung der Lebensumstände für die Bevölkerung Priorität vor einer derartigen strafrechtlichen Verfolgung.

Die Erfahrung Libyens zeigt, dass eine vorzeitige Anklage vor dem Internationalen Strafgerichtshof von autoritären Herrschern als existentielle Bedrohung angesehen werden kann und die Entschlossenheit, bis zum letzten zu kämpfen, stärkt. Ein gewisser Pragmatismus im Umgang mit Syrien ist geboten, insbesondere da, anders als im Gefolge des zweiten Weltkrieges oder der Balkankriege, die westlichen Mächte nicht in einer Position sind, die Verantwortlichen der zahlreichen Kriegsverbrechen vor Gericht zu bringen.

Wie im vorhergehenden Abschnitt beschrieben, ist ein kurzfristiges Abdanken des Assad-Regimes ohnehin nicht abzusehen. Dieser Realität ist auch in den jüngsten Genfer Friedensverhandlungen, der Genf IV Runde, Tribut gezollt worden: Der UN-Sondergesandte für Syrien, Staffan de Mistura schlug dabei als Basis der Verhandlungen allein die UNO Sicherheitsratsresolution 2254 vor, in der im Gegensatz zu den Prinzipien der Genf I Verhandlungsrunde nicht mehr von einer sofort einzusetzenden Übergangsregierung sondern, etwas vager, von einer „gemeinsamen Regierung“ die Rede ist.

Während Genf I ein *no-go* für Assad ist, stellt der Vorschlag von de Mistura ein Problem für den von Saudi Arabien unterstützten Teil der Rebellen, das auch „Riad Gruppe“ genannte Hohe Verhandlungskomitee (HNC) dar, der nach wie vor auf den Genf I Prinzipien beharrt.

Ein weiteres Problem für eine politische Lösung stellt die interne Zerstrittenheit der Oppositionsgruppen dar: Neben der Riad-Gruppe gibt es noch die von Assad anerkannten, also quasi-offiziellen Moskau- und Kairo Gruppen, deren Teilnahme an den Genfer Verhandlungen von der Riad Gruppe sehr kritisch gesehen wird. Dazu kommen noch die von den Verhandlungen ausgeschlossenen von der Türkei unterstützten Rebellen in Nordsyrien sowie die kurdischen Gruppen, unter ihnen die YPG, ohne welche eine politische Lösung des Konfliktes nicht möglich sein wird.



Was aber für eine politische Lösung des Konfliktes spricht ist die kürzlich erfolgte Annäherung zwischen der Türkei und Russland – die beiden Staaten, ursprünglich auf verschiedenen Seiten des Konfliktes, haben ihre Differenzen soweit beigelegt, dass zuletzt sogar gemeinsame Angriffe auf IS-Stellungen möglich wurden. Zudem haben beide in den letzten Wochen signalisiert, dass sie den Krieg beendet sehen wollen.

Doch wie kann unter diesen Voraussetzungen eine Übergangslösung aussehen? Die Einflussreichen Parteien in den Verhandlungen, allen voran Russland, haben zu verstehen gegeben, dass die territoriale Einheit Syriens unantastbar sei. Ohne ein gewisses Maß an lokaler Autonomie in den derzeit von den Rebellen und den Kurden kontrollierten Gebieten wird ein überdauern des Regimes allerdings nicht möglich sein.

Die wahrscheinlichste Lösung ist daher ein Frieden unter (zumindest anfänglicher) formaler Fortführung des Assad-Regimes mit substantieller Autonomie in den Rebellengebieten an der türkischen und der libanesischen Grenze; insbesondere die Sicherheit in diesen Gebieten wird nicht durch Assad-treue Kräfte sondern durch externe Akteure gewährleistet werden müssen.

Dabei sind verschiedene Möglichkeiten denkbar; entweder eine UNO Friedensmission, welche sich aus den Streitkräften neutraler Staaten rekrutiert, oder aber die Sicherung der verschiedenen Zonen durch die jeweils verbündeten externen Akteure. Die erste Option würde europäischen Ländern die Möglichkeit bieten, zur Friedenssicherung beizutragen, so diese das wollen. In der zweiten würde n Russland und der Iran Truppen in die von Assad kontrollierten Gebiete entsenden, Jordanien könnte die Sicherheit in den Rebellengebieten im Süden und die Türkei jene der nichtkurdischen Rebellen im Norden gewährleisten. Die Kurdengebiete sollten von US-Amerikanischen oder Europäischen Truppen gesichert werden um den NATO-Verbündeten Türkei zu beruhigen.

Welche Lösung auch gefunden wird, sie würde es allen Akteuren erlauben, ihre Energien auf die Befreiung der vom IS gehaltenen Gebiete im Osten des Landes zu konzentrieren. Bislang sind dabei am Boden die kurdischen Brigaden die effektivste Kraft. Jedoch verfügen weder die Kurden noch Assads Truppen in diesen Gebieten hinreichend Rückhalt in der Bevölkerung um sie tatsächlich zu halten; eine internationale Administration unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen, nach dem Vorbild des Kosovo oder Bosniens sollte hier in Erwägung gezogen werden.

Hier würden sich Möglichkeiten für Europa eröffnen: Als politisches Gebilde, welches im Syrienkrieg im Gegensatz zum Großteil der Regionalen und globalen Mächte relativ uninvolviert war, und aufgrund der europäischen Erfahrung bei der internationalen Administration von Nachkriegsgebieten. Dies müsste selbstverständlich unter Führung der Vereinten Nationen und mit einem Mandat des UNO-Sicherheitsrates geschehen – gerade im Sicherheitsrat könnte allerdings eine EU-geführte Verwaltung einen gangbaren Kompromiss darstellen.

WIEDERAUFBAU IN SYRIEN – UND WAS BLEIBT EUROPA?

Neben einer politischen Lösung des Konfliktes – wie auch immer sie im Endeffekt aussehen mag – braucht es allerdings auch einen detaillierten Plan für den Wiederaufbau des zerstörten Landes. Der Westen hat (nicht erst) im Irak 2003 und in Libyen 2011 gelernt, dass ein solcher Plan für den „Tag danach“ ein fundamentaler Bestandteil jeder nachhaltigen Konfliktlösung sein muss; es besteht ein direkter Zusammenhang zwischen dauerhaften politischen Konfliktlösungen und einem schon im Vorfeld durchdachten und ausgearbeiteten Plan für *post-conflict stabilization, peacekeeping*, und Wiederaufbau.

Ein solcher sollte nicht zuletzt im *aufgeklärten Eigeninteresse* der Europäer sein: Neben der humanitären Dimension, dem Lindern von Leid und Not der Syrer, das uns die europäischen Werte gebieten, macht der Flüchtlingsstrom aus dem Gebiet eine konzertierte Anstrengung unumgänglich.



Auch die wachsende weltweite Bedrohung durch internationalen islamistischen Terror wird sich nur durch eine Verbesserung der sozio-ökonomischen Lage in der Region in den Griff bekommen lassen. Kurzfristig muss Europa seinen humanitären Verpflichtungen nachkommen und die Menschen in Not versorgen, sowohl in Europa als auch in den an ihre Grenzen stoßenden Nachbarstaaten Syriens (welche nach wie vor den Hauptteil der Flüchtlinge versorgen). Mittel und Langfristig jedoch braucht es einen Wiederaufbauplan um der Lage Herr zu werden.

Schon jetzt stellt die Europäische Union mit dem sogenannten *Madad Fonds* den Großteil der internationalen humanitären Hilfe in der Region bereit; seit Ausbruch des Krieges sind über diesen mehr als neun Milliarden Dollar bereitgestellt worden. Der eigentliche Wiederaufbau in Syrien wird allerdings noch weit kostspieliger ausfallen: Neueste Schätzungen beziffern die Kosten für den Wiederaufbau mit einer Billiarde Dollar.

Doch selbst beim Wiederaufbau dürfte Europa auf Widerstände stoßen: Erst im Februar hat Assad der EU über die Medien ausrichten lassen, es werde keine derartigen Aufträge erhalten. Immerhin, es geht um viel Geld, und um Einfluss. Der Iran, Russland, aber auch China dürfen mit einer bevorzugten Behandlung rechnen und einen Großteil des Wiederaufbaus tragen, zumindest in den von Assad kontrollierten Gebieten.

Immerhin können sowohl Russland als auch der Iran den wirtschaftlichen Stimulus derartiger Großaufträge dringend brauchen. Russland leidet seit Jahren unter strukturellen wirtschaftlichen Problemen, dem niedrigen Energiepreis, und westlichen Sanktionen, und der Iran, weltweit der viertgrößte Produzent von Zement, befindet sich momentan in einer Phase der dringend Notwendigen wirtschaftlichen Erholung nach dem Ende des Sanktionsregimes. Darüber hinaus versprechen sich beide Staaten durch eine zentrale Rolle im Wiederaufbau bleibenden Einfluss auf die zukünftige Syrische Politik.

Auch China hat sich früh in Stellung gebracht um vom wirtschaftlichen Boom eines zu erwartenden Wiederaufbaus zu profitieren: Während des gesamten Krieges hat es seine Botschaft in Damaskus in Betrieb gehalten und in den vergangenen Jahren mehrere Verträge über die Erschließung und Ausbeutung neuer Ölfelder (welche freilich im vom IS kontrollierten Osten des Landes liegen) mit dem Regime unterschrieben. China war überdies vor Ausbruch des Konfliktes der wichtigste Handelspartner Syriens.

Doch Syriens Staatskassen sind leer und es ist fraglich inwieweit Russland oder der Iran trotz deren Appetit auf Einfluss und gute Beziehungen in Syrien die immensen Kosten des Wiederaufbaus tragen können, umso mehr als Rückzahlungen dieser Kosten stark von der Rückeroberung und Stabilisierung der Ölfelder abhängt die derzeit unter Kontrolle des IS stehen. Nicht einmal China wird im Licht des schwächeren Wachstums und der internen Probleme die es derzeit plagen imstande sein, den Wiederaufbau alleine zu schultern.

Ohne Frage werden also auch die internationalen Finanzinstitutionen wie die Weltbank, der IWF, und regionale Finanzvehikel sowie der OPEC Fund zur Finanzierung herangezogen werden müssen. Auch die Türkei und die Golfmonarchien, welche eine zentrale Rolle im Konflikt innehatten, dürfen nicht vom Wiederaufbau ausgeschlossen werden, auch wenn dies dem Regime nicht gefallen wird. So könnten diese Staaten etwa, analog zu der oben skizzierten möglichen politischen Lösung, in den jeweiligen teilautonomen Gebieten welche nicht unter die vollständige Kontrolle des Regimes zurückkehren, den Wiederaufbau übernehmen.

Neben den oben erwähnten Einwänden Assads gegen eine Europäische Rolle beim Syrischen Wiederaufbau gibt es erwartbare Kritik auch aus einer anderen Richtung: Sollte Europa bei einem wie auch immer gearteten *post-conflict reconstruction* Programm in den von Assad dominierten Gebieten mitwirken, so werden mit Sicherheit Stimmen laut, die dies auf moralischer Ebene verurteilen.



Doch die EU darf sich nicht mit moralischen Argumenten einer Hilfe beim Wiederaufbau des Landes verwehren; zwar ist es nicht von der Hand zu weisen, dass jede Form der Hilfe für Syrien unter Weiterführung des Assad-Regimes dieses bis zu einem gewissen Grad legitimiert. Doch nur wer einen Wiederaufbauplan mitfinanziert, kann auch mitgestalten. Schon jetzt schließt das Syrische Regime zahlreiche Verträge zum Wiederaufbau mit Russischen und Iranischen staatlichen und staatsnahen Betrieben ab; wenn auch der Westen einen Einfluss auf die politische Ordnung nach einem Friedensschluss haben möchte, so sind massive Investitionen ein notwendiger Schritt.

Darüber hinaus muss Europa eine derartige Hilfsleistung auch von einer strategischen Warte aus sehen. Auch wenn, wie weiter oben erläutert, die Hochzeit des westlichen *militärischen Interventionismus* unter dem Banner der Menschenrechte augenscheinlich vorbei ist, so darf dies im Umkehrschluss nicht bedeuten das Europa bei Krisen in seiner Nachbarschaft untätig zusehen sollte. Vielmehr muss eine zeitgemäße Form der Einflussnahme entwickelt werden, ein Interventionismus nicht mit militärischen, sondern finanziellen und politischen Mitteln.

Hier hat die EU einen entscheidenden Vorteil: Ihre nahezu universelle Anerkennung. Während andere Welt- und Regionalmächte und auch einzelne Mitgliedsstaaten der EU stets im Verdacht stehen werden, ihre eigene Agenda zu verfolgen, steht die EU als Ganzes zuallererst für eine von universellen Menschenrechten und Frieden bewegte Politik. Daher muss die Europäische Union für einen Syrien-Wiederaufbauplan, wie immer er dann im Detail auch aussehen mag, die Rolle des *convenor* übernehmen.

Ohne die Details eines möglichen Wiederaufbauplanes vorwegnehmen zu können, der mit Sicherheit stark von der Art des letztendlichen Friedensschlusses und den involvierten Akteuren abhängen wird, möchte ich hier ein paar Anregungen zu wichtigen Eckpunkten und möglichen Schwierigkeiten skizzieren. Naheliegend ist es, sich mit den Lektionen vorangegangener Wiederaufbau- und Befriedungsprojekte auseinanderzusetzen und zu versuchen aus ihnen Lehren zu ziehen.

Dabei ist der eingangs erwähnte Marshall Plan quasi die Blaupause aller *post-conflict reconstruction* Anstrengungen – und auch im Kontext Syriens sind Rufe nach einem neuen Marshall Plan zu hören, so etwa von General John Allen, Obamas ehemaligem Sondergesandten zur Anti-IS Koalition. Der Marshall Plan war nicht billig: Sein Budget belief sich zwar auf die lächerlich gering erscheinende Summe von 13 Mrd. US-Dollar, allerdings entspricht dies inflationsbereinigt in etwa 120 Mrd heutiger Dollar. Überdies muss hier auch erwähnt werden, dass die Hilfgelder, welche vor Einrichtung des Marshallplans zur Linderung der humanitären Katastrophe in Europa ausgeschüttet wurden diese Summe noch überstiegen.

Interessanter als ein reiner Vergleich der nackten Zahlen ist aber ohnedies ein Blick auf die Voraussetzungen; die Marshallplan Gelder nach dem zweiten Weltkrieg wurden in erster Linie an (ehemals) industrialisierte Staaten mit einer gewissen Tradition von repräsentativer Demokratie ausgeschüttet. Im Falle Syriens müssten derartige Grundlagen erst geschaffen und nicht einfach zum erneuten Funktionieren gebracht werden. Darüber hinaus ist aus oben genannten Gründen die Idee eines zentral organisierten und für ganz Syrien auszuschüttenden Hilfsfonds eine Totgeburt: Solange es dort keinen unifizierten Zentralstaat gibt, sind andere Zugänge gefragt.

Dabei sollte sich insbesondere Europa die Führungsrolle auf einem Gebiet einnehmen, in dem es sowohl über Expertise als auch die notwendigen Mittel besitzt: Humanitäre Soforthilfe und der sogenannte *sector support* – gewissermaßen Hilfe zur wirtschaftlichen Selbsthilfe. Hierbei ist eine Strategie gefragt, die klare Prioritäten setzt und deren Umsetzung möglichst bald zu planen ist. Fünf Punkte, die in Syrien umgesetzt werden müssen um das Land zu stabilisieren, springen ins Auge:

Erstens gilt es, sich der humanitären Folgen des Krieges anzunehmen. Zu den Millionen von Syrischen Flüchtlingen in den Nachbarstaaten und Europa kommt eine noch größere Zahl an Binnenflüchtlingen. Um deren Rückkehr zu ermöglichen, müssen zerstörte Städte und Dörfer



wiederaufgebaut werden, was viele Jahre dauern wird; bis dahin muss den betroffenen ein menschenwürdiges Leben, und vor allem der Jugend eine Ausbildung ermöglicht werden. Dies ist ganz offensichtlich ein Feld, auf dem spezialisierte NGOs und internationale Organisationen eine führende Rolle spielen müssen; Europa sollte hier finanziell unterstützend auftreten.

Ein **zweiter** Aspekt des Wiederaufbaus betrifft die Gesundheits- und Bildungssysteme in Syrien. Auch diese müssen vielerorts von Grund auf neu aufgebaut werden, sie haben aber absolute Priorität um eine Rückkehr von Flüchtlingen und eine wirtschaftliche Erholung des Landes zu ermöglichen. Auch hier sollte die EU eng mit spezialisierten NGOs und der Internationalen Gemeinschaft zusammenarbeiten.

Darüber hinaus muss – **drittens** - die zerstörte Syrische Infrastruktur – von Straßen über Wasserversorgung, Energie und Telekommunikation – repariert oder neu errichtet werden. Dabei zeichnen sich Konflikte zwischen externen Akteuren ab, da es um riesige Summen gehen wird; Assad hat bereits verlautbart, dass der Westen keine Aufträge erhalten soll, und es sind bereits substantielle Verträge mit Russland, dem Iran, aber auch China geschlossen worden. Ob diese Staaten alleine die schiere Menge der nötigen Projekte tragen werden können bleibt allerdings fraglich. Auch wird ein massiver Einsatz zur Entschärfung von Kampfmitteln und zur Sicherung von Chemiewaffen nötig; hier verfügen viele europäische Armeen aufgrund von jahrelanger Erfahrung in *post-conflict environments* über beträchtliche Expertise.

Ein **vierter** Aspekt betrifft die Syrische Wirtschaft und die Wiederbelebung von Landwirtschaft, Industrie, und Handel. Die richtigen Anreize und Hilfe zur Selbsthilfe sind dabei von zentraler Bedeutung, genauso wie ein fairer und gerechter Zugang zu Mitteln. Schrittweise und in Koordination mit den Verhandlungen über eine politische Lösung des Konflikts müssen auch die Sanktionen gegen Mitglieder des Regimes abgebaut und Handelsschranken beseitigt werden. Dies ist einer der Punkte, über die der Westen nach wie vor mit gezielten Anreizen zu einer Verhandlungslösung beitragen kann.

Zu guter Letzt muss *good governance* in Nachkriegssyrien, mit Sicherheit der schwierigste Aspekt des Wiederaufbaus, priorisiert werden. Hierbei sollte der Fokus auf der Unterstützung von lokalen und nationalen Administrationsstrukturen für die Reorganisation und Wiederaufnahme der öffentlichen Dienstleistungen liegen. Insbesondere das Wiederherstellen von Vertrauen zwischen Verwaltung und Bevölkerung sowie der Kampf gegen Korruption, die Rückgabe von Eigentum an Heimkehrer und Aspekte der *transitional justice* werden heikel und kompliziert. Europa hat auf diesem Gebiet allerdings durch die Erfahrungen bei der Administration der Nachkriegsstaaten Bosnien und Kosovo einiges an Expertise zu bieten.

In allen fünf genannten Feldern ist die Europäische Kommission bestens positioniert, ein Vorkämpfer für notwendige Anstrengungen zu sein; wie keine andere Institution vereint die Kommission die Mittel und insbesondere die Expertise in humanitärer Hilfe, Entwicklungshilfe, Handels- und Wirtschaftspolitik, und *sector support*.

Um den Wiederaufbau in Syrien und die Rückkehr von Flüchtlingen zu beschleunigen sobald eine politische Lösung des Konfliktes am Tisch liegt wäre darüber hinaus anzudenken, den schon jetzt in Europa lebenden Syrern eine Ausbildung in relevanten Sektoren wie der Bauwirtschaft zu ermöglichen. Dabei könnten öffentliche Geldgeber und private Unternehmen eine gewinnbringende Kooperation eingehen. In der am Boden liegenden syrischen Wirtschaft werden Jobs in vielen Bereichen auf Jahre hinaus Mangelware sein; Bauarbeiter, Elektriker, Installateure und verwandte Berufe werden allerdings in Zeiten des Wiederaufbaus nicht um Aufträge bangen müssen. In Europa lebende Syrer, welche vor ihrer Flucht Positionen im Bildungs-, Gesundheits-, oder Verwaltungswesen innehatten könnten darüber hinaus in eigens zu schaffenden Programmen auf die Herausforderungen des Wiederaufbaus vorbereitet werden.



Ein solches Ausbildungsprogramm würde damit eine Vielzahl von aktuellen Problemen beheben helfen: Die Integration von Flüchtlingen würde vorangetrieben, auch für den Fall, dass eine politische Lösung in Syrien auf sich warten lässt und sie auf absehbare Zeit in Europa verbleiben. Gleichzeitig würde den Betroffenen eine realistische Perspektive auf Rückkehr geboten und nicht zuletzt würde der europäischen Bevölkerung, die sich in den letzten Jahren zunehmend besorgt ob der Flüchtlingszahlen zeigt signalisiert, dass die europäische Politik ernsthafte Strategien für eine Rückkehr der Geflüchteten nach Kriegsende verfolgt.

Derartige Programme und Pläne müssten allerdings schon jetzt auf Schiene gebracht werden; der Kampf um Aufträge im zu erwartenden Wiederaufbau hat längst begonnen, und es handelt sich dabei bislang in erster Linie um einen Wettlauf der geopolitischen Interessen. Jene Staaten, welche schon jetzt Gelder nach Syrien leiten, erhoffen sich für die Zukunft Einfluss und lohnende Geschäftsfelder. Europa sollte sich – ähnlich wie im Iran Deal - als Akteur positionieren, dem es in erster Linie an einer nachhaltigen Friedensordnung und Menschenrechten gelegen ist; im Interesse der Syrer und der Europäer.

LITERATUR

- American Security Project (2016): Syrian Stabilization and Reconstruction. Lessons Learned for a Post-Conflict Syria. <https://www.americansecurityproject.org/wp-content/uploads/2016/06/Ref-0197-Syrian-Stabilization-and-Reconstruction.pdf>
- Brookings Institution (2017): Rebuilding or redefining Syria? <https://www.brookings.edu/blog/future-development/2017/02/13/rebuilding-or-redefining-syria/>
- Carnegie Endowment (2016): The Staggering Price of Syria's Reconstruction. <http://carnegieendowment.org/2016/02/11/staggering-price-of-syria-s-reconstruction-pub-62744>
- European Institute of Mediterranean (2016): How to rebuild Syria, Iraq and Libya? <http://www.iemed.org/actualitat-en/noticies/com-reconstruir-siria-iraq-i-libia>
- European Union (2017): EU Regional Trust Fund in Response to the Syrian Crisis. https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/sites/near/files/eutf_syria_factsheet-english.pdf
- European Union External Action (2017): The EU and the crisis in Syria. https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/22664/eu-and-crisis-syria-factsheet_en
- IFK Analysezentrum (2017): Factsheet Syrien. https://www.truppendienst.com/fileadmin/user_upload/Einzelbeitraege/2016/Syrien/fact_sheet_syrien_iraq_62.pdf
- IMF (2016): Syria's Conflict Economy. <https://www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2016/wp16123.pdf>
- IOM (2017): Press Releases. <https://www.iom.int/news/over-600000-displaced-syrians-returned-home-first-7-months-2017>
- Rand Corporation (2015): A Peace Plan for Syria. <https://www.rand.org/pubs/perspectives/PE182.html>
- Rand Corporation (2016): A Peace Plan for Syria II – Options for Future Governance. <https://www.rand.org/pubs/perspectives/PE202.html>
- Rand Corporation (2017): A Peace Plan for Syria III – Agreed Zones of Control, Decentralization, and International Administration. <https://www.rand.org/pubs/perspectives/PE233.html>
- Syria Recovery Trust Fund (2014): Syria Recovery Trust Fund – To alleviate the suffering of the Syrian people. <http://www.srtfund.org/>



The World Bank (2016): The Importance of Planning Syria's Eventual Reconstruction.

<http://www.worldbank.org/en/news/feature/2016/05/24/the-importance-of-planning-syria-s-eventual-reconstruction>

The World Bank (2017): The Toll of War: The Economic and Social Consequences of the Conflict in Syria. <http://www.worldbank.org/en/country/syria/publication/the-toll-of-war-the-economic-and-social-consequences-of-the-conflict-in-syria>

United Nations Economic and Social Commission for Western Asia (2014): Conflict in the Syrian Arab Republic – Macroeconomic Implications and Obstacles to Achieving the Millennium Development Goals.

<https://www.unescwa.org/sites/www.unescwa.org/files/publications/files/conflict-syria-macroeconomic-implications-obstacles-achieving-english.pdf>

United Nations Economic and Social Commission for Western Asia (2016): Syria at War - Five years on. https://www.unescwa.org/sites/www.unescwa.org/files/publications/files/syria-war-five-years-english_1.pdf

ÜBER DEN AUTOR

Wolfgang Petritsch war EU-Sonderbeauftragter für den Kosovo (1998-1999), EU-Chefverhandler bei den Kosovo-Friedensgesprächen in Rambouillet und Paris (1999) und dann Hoher Vertreter für Bosnien und Herzegowina (1999-2002). Er war österreichischer Botschafter bei den Vereinten Nationen in Genf (2002-2008) und bei der OECD in Paris (2008-2013) sowie Joseph A. Schumpeter Fellow an der Harvard University (2013-2014). Derzeit ist er Präsident der Österreichischen Marshallplan-Foundation.

